

# Kein Mittelweg im Mittelmeer?

Walter Feichtinger, Bruno Nestler

Nr. 7/2020

## Darum geht's

Der Streit um Seegrenzen und Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer zwischen der Türkei und Griechenland bringt die zwei NATO-Staaten im Sommer 2020 an den Rand eines bewaffneten Konflikts. Griechenland bezichtigt die Türkei, illegal vor griechischen Inseln nach Erdgas zu suchen. Ankara weist die Vorwürfe entschieden zurück und beharrt darauf, dass die Gewässer, in denen Explorationen und Probebohrungen erfolgen, zum türkischen Festlandsockel gehören. Die Türkei ist dabei vorgeprescht und hat in einem Abkommen mit Libyen – entgegen bestehendem Recht – seine ausschließliche Wirtschaftszone deklariert. Griechenland hat daraufhin in einem Abkommen mit Ägypten seine Ansprüche dargelegt – die in eklatantem Widerspruch zu den türkischen Vorstellungen stehen.

*Fregatten und Korvetten der türkischen Marine begleiten das türkische Explorationsschiff "Oruç Reis", welches seit 11. August 2020 in umstrittenen Gewässern nach Gas sucht*

Das Besondere dabei ist, dass ein jahrzehntelanger Streit zwischen zwei Nachbarn außergewöhnliche Kreise zieht. Neben der Einbeziehung anderer Staaten der Region werden vor allem der Zusammenhalt in der NATO strapaziert, die EU-Türkei-Beziehungen zusätzlich belastet und der Vereinigungsprozess Zyperns massiv untergraben. Es entstehen sogar EU-intern Probleme, indem Zypern plötzlich EU-Sanktionen gegenüber Weißrussland mit Sanktionen gegenüber Ankara junktimiert. Eine nachhaltige Lösung am Verhandlungstisch wäre daher dringend geboten.

## Die Faktenlage

- Die Situation hatte sich Anfang August 2020 zugespitzt, als Ankara das Forschungsschiff „Oruç Reis“, begleitet von Kriegsschiffen, zu Erkundungen südlich der griechischen Inseln Rhodos und Kastelorizo losschickte.



- Athen und Zypern sehen diese Erkundungen türkischer Schiffe als Verstoß gegen ihre Souveränität. Sie wollen, nach bereits gescheiterten Vermittlungsversuchen von Bundeskanzlerin und EU-Präsidentin Angela Merkel, EU-Ratspräsident Michel, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Präsident Donald Trump, Verhandlungen erst nach Abzug der Kriegsschiffe zustimmen. Ankara hingegen besteht darauf, dass der Türkei als Küstenstaat Teile der Gasvorkommen zustehen.
- Beide Seiten führten Ende August und Anfang September 2020 Seemanöver in den umstrittenen Gebieten durch, wobei Griechenland symbolisch von Zypern, Frankreich, Italien und den VAE unterstützt wurde.
- Die rechtliche Ausgangssituation: Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UN) aus 1982 legt für Küstenländer eine „Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ)“ fest. Demnach hat ein Staat in einer 200-Seemeilen-Zone das alleinige Recht zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Die Türkei hat dieses Abkommen der UN jedoch nie unterschrieben. Sie argumentiert, dass Inseln keine AWZ haben, und sieht ihre Gasexploration und die Bohrungen um Zypern daher als legitim an, da sie auf dem türkischen Kontinentalsockel lägen. Darüber hinaus fordert die Regierung in Ankara eine Beteiligung der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern an den Einnahmen aus den Gasvorkommen.
- Die Mittelmeerinsel Zypern ist seit 1974 in einen griechischen Süden – die Republik Zypern, seit 2004 EU-Mitglied – und einen türkisch besetzten Norden – die ausschließlich von der Türkei anerkannte Türkische Republik Nordzypern – geteilt.

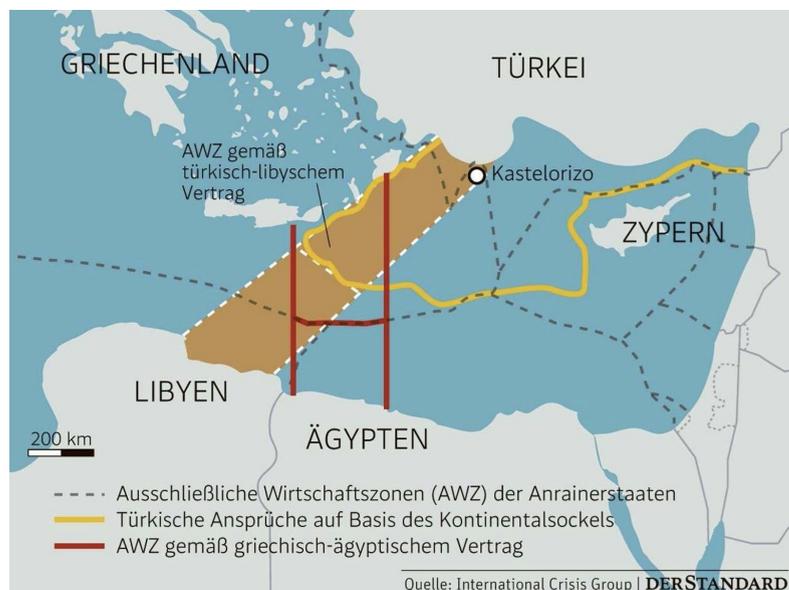
- Völkerrechtlich untersteht nach wie vor die gesamte Insel der Republik Zypern und hat demnach Anspruch auf die gesamte AWZ.

### Von besonderer Relevanz ist:

- Die Türkei liegt seit Jahrzehnten mit Zypern und Griechenland im Streit um die Aufteilung des Meeresgebiets vor ihrer Küste. Die Entsendung türkischer Bohrschiffe sowie die Unterzeichnung eines Vertrags durch Ankara mit der international anerkannten Regierung Libyens über die Abgrenzung ihrer AWZ haben den Konflikt im November 2019 weiter verschärft. Das Abkommen sorgte für scharfen Protest Athens und wurde international nicht anerkannt – auch nicht vom libyschen Parlament.
- Das im Gegenzug Anfang August 2020 von Griechenland und Ägypten unterzeichnete AWZ-Abkommen „konkurriert“ mit dem zwischen der Türkei und Libyen aus 2019 in hohem Maße. Das griechisch-ägyptische Abkommen weist allen griechischen Inseln eine ausschließliche Wirtschaftszone von 200 Seemeilen zu, bzw. bezieht sich die Grenzziehung auf die jeweilige Mittellinie. Somit werden die türkischen Ansprüche weitestgehend auf deren Küstenregion reduziert.

AWZ in der Konfliktregion.

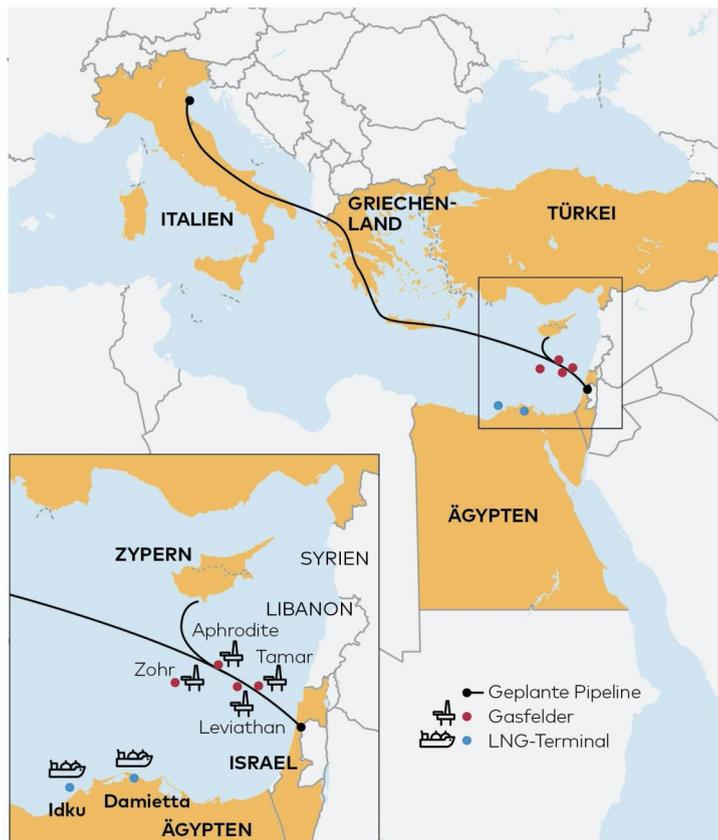
Quelle: Der Standard vom 30.08.2020



- Neben Griechenland und der Türkei erhebt auch Zypern Anspruch auf die Ausbeutung der Gasfelder und hat bereits Bohrlizenzen an internationale Öl- und Gasfirmen vergeben. Die Türkei führt jedoch bereits seit längerer Zeit Bohrungen vor Zypern durch - ohne Genehmigung der Regierung der Republik Zypern. Sie begegnet den Vorwürfen von illegalen Bohrungen mit dem Hinweis auf den eigenen Festlandssockel. Die Ansprüche wurden bereits vor Ort eindrucksvoll untermauert, indem die türkische Marine Bohrschiffe anderer Nationen abdrängte.
- Aus türkischer Sicht haben Inselstaaten, also auch Zypern, nur Anrecht auf einen schmalen Streifen von 12 Seemeilen, während für Staaten auf dem Festland die üblichen 200 Seemeilen gelten. Ankara vertritt die Auffassung, dass die Ägäis einen seerechtlichen Sonderfall darstelle, weil sich die griechischen Inseln über türkischem Festlandssockel befänden. Die Grenze verlaufe demnach als Mittellinie zwischen dem griechischen und türkischen Festland.
- Daneben macht auch die Regierung von Nordzypern Ansprüche in der zypriotischen Wirtschaftszone geltend und hat Lizenzen für Probebohrungen an die türkische Ölfirma TPAO vergeben. Der ungelöste Zypernkonflikt ist deshalb ein wesentlicher Faktor im Streit um die Bohrrechte. Der Konflikt verschärfte sich noch nach dem Platzen der Gespräche über eine Wiedervereinigung der Insel im Sommer 2017.
- Aus türkischer Sicht stellen auch die Treffen und Planungen im Zusammenhang mit einer angedachten Pipeline im östlichen Mittelmeer eine Provokation dar. Griechenland, die Republik Zypern, Israel und Ägypten planen seit Anfang 2019 die Eastern Mediterranean (EastMed)

Gaspipeline für den Erdgas-Export. Die Trasse soll nach ersten Planungen in den ägyptischen Offshore Gasfeldern beginnen und über Zypern, Kreta und Griechenland in den EU-Raum führen. Anfang 2020 haben die genannten Staaten dazu einen Vertrag unterzeichnet. Die Türkei wurde bisher nicht zu den Verhandlungen eingeladen.

### So soll die EastMed-Pipeline verlaufen



WELT

Quelle: ecfre.eu

- Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan stellt dazu in seiner typischen Art fest: „Wir werden uns niemals Banditentum auf unserer Kontinentalplatte beugen“. Sein Land werde nicht klein begeben, auch nicht angesichts von Drohungen oder möglichen Sanktionen der EU.
- Griechenland hat sich bereit erklärt, die Frage vor einem internationalen Gericht klären zu lassen. Die meisten Seerechtsexperten sind der Ansicht, dass die 200-Meilen-Grundsatz-Regel auch für Inseln Gültigkeit hat. Von griechischer Seite heißt es, dass die Türkei eine „neo-osmanische Ideologie“ vertrete und im Mittelmeer „grenzenlosen Expansionismus“ betreibe. Griechenland werde seine

Grenzen schützen, die auch Grenzen der EU seien. Athen sei zwar zum Dialog bereit – aber nur unter der Bedingung, dass die Bedrohung durch die Türkei beendet werde.

- Im Juli 2019 beschlossen daher die Außenminister der EU-Staaten zunächst, EU-Mittel für die Türkei zu kürzen, Kontrakte auf hochrangiger Ebene auf Eis zu legen und Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen auszusetzen. Später folgten auch Sanktionen gegen Beteiligte an den Bohrungen, gegen sie wurden Einreiseverbote und Kontosperrungen beschlossen.
- Auch die EU-Vertreter zeigen sich zunehmend besorgt. „Wir bekräftigen unsere volle Solidarität mit Griechenland und Zypern“, heißt es in einer gemeinsamen EU-Erklärung vom 14. August 2020 sowie „Alle Optionen bleiben auf dem Tisch“, ohne dass Details etwa zu möglichen Sanktionen gegen die Türkei genannt wurden. Die EU forderte die türkische Regierung auf, ihre Aktivitäten „unverzüglich“ einzustellen. Weitere Sanktionen sollen bei Nichteinlenken der Türkei auf dem EU-Gipfel am 24./25. September 2020 beraten werden.
- Beide Seiten versuchen, durch Militärmanöver in der umstrittenen Region Stärke zu zeigen. Im Zuge dessen war es zuletzt sogar zu einer Kollision zwischen einem griechischen und einem türkischen Kriegsschiff gekommen. Die Gefahr einer unbeabsichtigten Eskalation ist dabei nicht zu unterschätzen.
- Zu allem Überfluss versucht nun Zypern, EU-Sanktionen gegen die Türkei zu erzwingen, indem es in EU-Gremien seine Zustimmung zu Sanktionen gegen Weißrussland davon abhängig macht.

### **So sehen wir das:**

Es gibt wohl kaum ein „besseres“ Rezept für eine internationale Krise als die aktuelle Situation: Nach dem Rückzug der Ordnungsmacht USA versucht die Türkei, das Machtvakuum zu füllen und verfolgt

revisionistische Ziele. Präsident Erdogan möchte mittlerweile nicht nur über die AWZ verhandeln, sondern er stellt auch die Gebietsaufteilungen nach dem Ersten Weltkrieg in Frage. Griechenland hingegen ist bereit, vor dem Internationalen Gerichtshof die Grenzen der AWZ zu klären – aber nicht mehr. Zypern wird dabei zum Akteur und Getriebenen, denn die Einflussnahme Ankaras in Nordzypern treibt neuerlich einen Keil in die Unionsbestrebungen.

Eine militärische Eskalation kann weder im Interesse Ankaras noch Athens liegen. Beide Staaten befinden sich seit Jahren im wirtschaftlichen Krisenmodus, jede weitere Aufschaukelung würde unkalkulierbare Belastungen bringen. Allerdings bergen die derzeitigen Drohgebärden nicht vorhersehbare Risiken. Von Seiten der EU und der NATO sollten daher alle Möglichkeiten (von Vermittlungsangeboten bis zu Sanktionsdrohungen) genutzt werden, um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern.

Die Türkei läuft Gefahr, sich noch stärker zu isolieren und strategisch zu überdehnen. Das heißt, dass die Ressourcen nicht mehr im Einklang mit den politischen Ambitionen Ankaras stehen. Es gilt daher, diese Situation nicht nur dem türkischen Präsidenten, sondern allen türkischen Repräsentanten zu vermitteln. Denn ein Kollaps der Türkei kann weder in deren noch im internationalen Interesse sein.

Der Ausweg besteht im Dialog und Verhandlungen, die letztlich zu einer nachhaltigen Einigung über die Seegrenzen und die Nutzung der Bodenschätze in den strittigen Gebieten liegen. Ein erster Schritt wäre daher, die militärische Eskalationsgefahr zu reduzieren und ein akzeptiertes Procedere für Gespräche und Verhandlungen zu entwickeln. Hier wären vor allem die EU und die USA aufgerufen, entsprechende Schritte zu setzen. Andernfalls wird Russland auch diesmal die Gunst der Stunde nutzen und der Türkei seine Hilfe anbieten. Damit könnte es seinen Einfluss im östlichen Mittelmeerraum weiter ausbauen.